

## Presseinformation

92/2011

Kiel, 2. März 2011

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

**DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

### **Jezewski und Schippels: Schuldenbremse erdrosselt Kommunen**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag sieht sich durch die heutige Anhörung in ihrer Kritik an der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung in vollem Umfang bestätigt. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und Bürgermeister beschrieben in ihren Ausführungen ein beispielloses Katastrophenszenario.

„Selbst die letzte Krise der kommunalen Finanzen 2003 war nicht so schlimm wie die jetzige Lage. Für das Desaster verantwortlich sind die Landes- und Bundesregierung. Erst kürzte die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich um jährlich 120 Millionen Euro, dann kam das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung und produzierte Mindereinnahmen von 60 Millionen Euro“, sagt Uli Schippels, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN. „Die Rechnung ist ganz einfach: Schuldenbremse plus Steuersenkungen plus steigende Soziallasten bedeuten den finanziellen Tod der Kommunen.“

Die Möglichkeiten Kosten innerhalb der Systeme zu verschieben seien erschöpft.

„Erste Opfer in den Kommunen sind die freiwilligen Leistungen. Aber selbst die Einsparungen all dieser freiwilligen Leistungen würden nicht zu ausgeglichenen Haushalten führen. Die Kommunen sind nicht nur gefesselt und geknebelt, sie liegen dabei noch auf einem Nagelbett und jede weitere Bewegung tut weh“, fügt Heinz-Werner Jezewski, Landtagsabgeordneter und LINKE-Ratsmitglied in Flensburg hinzu. „Damit hat die Kürzungspolitik in Schleswig-Holstein eine Schwelle erreicht, an der das Verfassungsgebot der Schuldenbremse mit anderen rechtlich festgelegten Ausgaben nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Die Fortsetzung der seit den 90er Jahren betriebenen Steuersenkungspolitik ist offener Verfassungsbruch.“